

5. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses - öffentlich -

Sitzungstag:

Mittwoch, 21.02.2018

Sitzungsort:

Sitzungssaal Rathaus 1. OG

Namen der Mitglieder des Umwelt- und Energieausschusses		
anwesend	abwesend	Abwesenheitsgrund
Vorsitzender: Erster Bürgermeister Andreas Kemmelmeier		
Niederschriftführer: Leitung Hochbau / Umwelt Stefan Kammermeier		
Gremiumsmitglieder: Josef Ebert Gisela Fischer Udo Guist Lorenz Ilmberger Albert Kirnberger Günter Peischl Philipp Schwarz Manfred Unterstein		
	Johannes Mecke	
	Johannes Mecke	

5. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses vom 21.02.2018

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Umwelt- und Energieausschusses, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Nachdem keine Einwände gegen die festgesetzte Tagesordnung bestehen, eröffnet der Vorsitzende die Sitzung.

32 9 **Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift**

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses vom 27.03.2017, die den Ausschussmitgliedern übermittelt worden ist, wird genehmigt.

AZ 024
Bauamt

33 9 **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen**

Bauamt

33 9 **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen
Verlängerung Öffnungszeiten Wertstoffhof**

Der Erste Bürgermeister gibt bekannt, dass in heutiger nichtöffentlicher Sitzung des Umwelt und Energieausschusses, Tagesordnungspunkt 4, Verlängerung der Öffnungszeiten im Wertstoffhof am Samstag, beschlossen wurde, eine Verlängerung der Anlieferungszeiten am Samstag von 13 Uhr bis 15 Uhr vorzunehmen, um den Servicegedanken und die Entsorgungsmöglichkeiten der Bürger im Wertstoffhof zu verbessern.

AZ 6363
Bauamt

33 9 **Überlegungen zur Einführung eines Solarkatasters für das
Gemeindegebiet Unterföhring**

Der Erste Bürgermeister gibt den öffentlichen Beschluss des Kreisausschusses für Energiewende, Landwirtschafts- und Umweltfragen vom 05.10.2016, Nr. 2, Drucksache 14/0566 sowie den Beschluss des Umwelt- und Energieausschusses vom 27.03.2017, Nr.30, bekannt.

Sachstand des Landratsamtes:

5. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses vom 21.02.2018

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Im Klimaschutzkonzept des Landkreises München (Stand 2013) ist als Maßnahme 3.1 die Erstellung eines Solarkatasters für den Landkreis München beschrieben. Solarkataster sind computergestützte interaktive Kartenwerke, mit denen für jedes Gebäude geprüft werden kann, ob und wie geeignet dieses für die Gewinnung von Sonnenenergie ist. Ein Kataster entsteht aus Laserscandaten, die per Überfliegung ermittelt werden und ein dreidimensionales Bild entstehen lassen. Durch Laserscandaten und Gebäudeumrisse werden Daten zur Dachflächengröße, Dachneigung, Dachausrichtung, Einstrahlungsenergie und Abschattung der einzelnen Gebäude ermittelt. Dabei wird das Solarpotenzial im Jahresverlauf berechnet. Neben dem Sonnenstand im Tages- und Jahresverlauf fließen die Einstrahlungs- und Abschattungssituationen von anderen Objekten, wie z. B. Bäumen, unter Berücksichtigung bestimmter Wetterlagen, mit ein.

Bisherige Aktivitäten und Erfahrungen im Landkreis München:

Nach aktuellem Stand wird zzt. vom LK München geprüft, ob der gleiche Katasterhersteller vom Landkreis Ebersberg verwendet werden kann, um später die Kataster zusammen zufügen. Im Landkreis München stellten bisher die Gemeinden Haar und Ottobrunn (ohne interaktive Karte) ein Solarkataster für ihre Bürger online. Bei diesen Katastern sind jedoch nur Ertragsdaten abrufbar. Bei anderen Katastern, wie z.B. von der Stadt München (<http://kronos.muenchen.de/rqu/solarpotenzial>) oder Landkreis Ebersberg (<http://www.solare-stadt.de/kreis-ebersberg/>) werden zusätzlich weitere Tools wie eine individuelle Ertragsberechnung, den Wirtschaftlichkeitsrechner für Photovoltaik, Solarthermie und verbrauchsspezifische Batteriespeicher genannt. Moderne Kataster bieten die Möglichkeit, Module selber auf dem Dach zu platzieren und Angaben zu den verschiedenen Eigenschaften der Module einzugeben. Außerdem wird berechnet, welche Stellen auf dem Dach sich am besten für die Nutzung von Sonnenenergie eignen. Aussagen zur fassadenintegrierten Photovoltaik ermöglichen die gängigen Softwarelösungen noch nicht.

Das Bayerische Landesamt für Umwelt (LfU) bereitet derzeit die Erstellung eines „Potenzialrechners für Photovoltaik-Anlagen“ für ganz Bayern vor, der jedoch bis dato noch nicht fertig gestellt ist. Dieses Kataster wird in den Energieatlas-Bayern integriert und soll Aussagen über den voraussichtlichen zu erwartenden jährlichen Energieertrag, sowie der voraussichtlichen Energieminderung über 20 Jahre hinweg enthalten. Zudem sollen die durchschnittliche monatliche Stromproduktion von PV-Anlagen auf Dächern und Gebäudefassaden dargestellt werden. Aussagen über Solarthermie, Batteriespeicher sowie die oben genannten Tools werden in dieser Lösung nicht enthalten sein.

Beschlussvorschlag des Landkreis München:

Der Landkreis München schreibt die Vergabe eines Solarkatasters aus. Dieses soll dem Leistungsspektrum des Solarkatasters Landkreis Ebersberg entsprechen.

Anmerkungen der Verwaltung der Gemeinde Unterföhring:

5. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses vom 21.02.2018

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Datenbereitstellung:

Es müssen keine Laserscandaten per Überflug erhoben werden. Im Rahmen einer Nutzungsvereinbarung können Geobasisdaten der Bayerischen Vermessungsverwaltung durch die Gemeinde Unterföhring bereitgestellt werden. Für eine genauere Berechnung und Darstellung wäre ein Laserscan empfehlenswert.

Datenqualität:

Seitens der Verwaltung wurden drei Stichproben zur Richtigkeit des Solarkatasters des Landkreises Ebersberg getätigt:

1. Das Solarkataster zeigt, dass eine Solaranlage auf dem Gebäude nicht empfehlenswert ist. Auf dem Gebäude befinden Sie zwei Solarthermieanlagen, welche im Sommer das Gebäude komplett mit Wärme versorgen. Grund: Dachbeschaffenheit.
2. Das Solarkataster zeigt, dass eine Solaranlage auf dem Gebäude empfehlenswert ist. Ortskundigen fällt jedoch auf, dass das Dach durch einen Baum im Sommer verschattet wird.
3. Das Solarkataster zeigt, dass eine Solaranlage auf dem Gebäude empfehlenswert ist. Der Eigentümer berichtet, dass eine Anlage schon geplant wird.

Datenfreigabe:

Die Verwaltung befürwortet die Freischaltung der Ertragsberechnung durch einen Code. Es ist technisch möglich, dass der Code per E-Mail angefragt wird und dann per Post an den Eigentümer versendet wird. Begründung: Eigentümer sollen sich persönlich über die Ergebnisse unterhalten und sich austauschen um Synergieeffekte zu erzielen und das Gemeindeleben zu fördern.

Gründachflächenkataster:

Im Rahmen der Beauftragung eines Solarflächenkatasters kann auch ein Gründachflächenkataster erstellt werden. Die Grunddaten werden im Zuge der Erstellung eines Solarkatasters aufgenommen und können von Auftragnehmern zur Berechnung von möglicher Begrünung auch visualisiert werden. Gegen Auftragsmehrkosten kann dies eine weitere Serviceleitung für Eigentümer sein.

Mit Beschluss des Umwelt- und Energieausschusses vom 27.03.2017, Beschluss Nr. 30, sprach sich das Gremium für die Überprüfung eines Solarkatasters aus. Die Verwaltung wurde mit der Überprüfung eines Solarkatasters für das Gemeindegebiet unter folgenden Voraussetzungen beauftragt:

Zusammenfassung der Ausschreibung eines Solarkatasters:

- Darstellung Solarthermiepotezial, Photovoltaikpotenzial, Sonnenstrahlung, Batteriespeicher, Eignung der Dächer für Photovoltaik und Solarthermie

5. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses vom 21.02.2018

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

- Berechnung der Tagesgänge für jeden Monat im Jahr des Strombedarfes, Stromertrages und die mögliche Batterieladung
- Wirtschaftlichkeitsberechnungen für private und geschäftliche Gebäude mit Einstellungsmöglichkeit des jährlichen Energieverbrauches und Berechnung der Finanzierung unter Angaben des Eigen- und Fremdkapitals, sowie Zinsen und Kreditlaufzeiten, Versicherungswerte, Wartungs- und sonstige Kosten, als auch Inflationsprognosen
- Berechnung des CO₂-Einsparpotentials
- Berechnung der Modulplatzierung auf dem Dach, sowie manuelle Einstellungsmöglichkeit durch den Nutzer unter Berücksichtigung der baulichen Größe, Neigung, Ausrichtung und Leistungsgröße der Module
- Freischaltung der Ertragsberechnungen durch einen Code, welcher durch die Hauseigentümer angefordert werden muss und durch die Gemeindeverwaltung versendet wird
- Wartungs-, Betreuungskosten und Aktualisierung (EEG-Veränderungen) der Daten durch den Partner
- Anforderungen an den Datenschutz
- mit Gründachflächenkataster

Folgende ergänzende Punkte sind optional bei der Erstellung eines Solarkatasters weiter relevant:

- keine Finanzierung durch Werbung
- keine Daten/Informationen zu Bäumen (Verschattung), durch Laserscan teilweise darstellbar

Eine erste Kostenschätzung beläuft sich nach Einholung von drei Angeboten brutto wie folgt:

	1. Angebot	2. Angebot	3. Angebot
Erstellung des Solarkataster	5.355,- €	17.050,- €	8.650,- €
Webauftritt des Solarkataster (Folgekosten)	600,- €/Jahr	4.050,- €/Jahr	800 €/Jahr

Optional bei gemeinsamer Beauftragung:

	1. Angebot	2. Angebot	3. Angebot
Erstellung des Gründachflächenkataster	1.785,- €	7.500,- €	Nicht angeboten
Webauftritt des Gründachflächenkataster	Inkl.	1.500,- €/Jahr	Nicht angeboten

Für das Haushaltsjahr 2018 sind 30.000,- € unter der Haushaltsstelle 11420.6531 (Öffentlichkeitsarbeit) eingestellt.

5. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses vom 21.02.2018

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Aus der Mitte des Gremiums wurde angeregt, im Rahmen des Vergabeverfahrens zusätzlich folgende Punkte zu berücksichtigen:

- Verschattung durch HKW-Ausstoß, insbesondere im Winter
- Vegetation

Beschluss: 9 : 0

Das Gremium spricht sich dem Grunde nach für die Einführung eines Solar- und Gründachkatasters aus und beauftragt die Verwaltung zu allen weiteren erforderlichen Schritten zu dessen Realisierung.

Hierbei sind insbesondere folgende weiteren Punkte zu berücksichtigen:

- Verschattung durch HKW-Ausstoß, insbesondere im Winter
- Vegetation
- Verwendung von Laserscandaten

Die Ausgaben sind unter HHSt. 1142.6531 zu verbuchen

AZ 8614
Bauamt

34

9

Energiesparförderprogramm - Richtlinien; Aktualisierung (Empfehlungsbeschluss an den Gemeinderat)

Der Erste Bürgermeister erinnert an die Beschlüsse des Gemeinderates vom 09.02.1996, Nr. 1310 - 1324. Darin wurde dem Erlass eines Förderprogrammes für Energiesparmaßnahmen zugestimmt. Die Richtlinien für das Förderprogramm traten am 01.03.1996 in Kraft. Seit dem 01.01.2017 enthält das Energiesparförderprogramm die Maßnahme 2.6 Mobilität – Elektrofahrrad. Die Änderungen sind dem Beschluss des Gemeinderates vom 13.10.2016, Nr. 469 und im Empfehlungsbeschluss des Umwelt- und Energieausschusses vom 20.09.2016, Nr.17 zu entnehmen. Ebenso bringt der Vorsitzende die aktuell gültige Fassung der Richtlinien für das Energiesparprogramm der Gemeinde Unterföhring zur Kenntnis. Diese wurden dem Gremium zugestellt.

Der Erste Bürgermeister legt eine Anfrage per E-Mail am 27.09.2017 in der Gemeinde Unterföhring eingegangen, dem Gremium vor. Der Antragsteller hat sich im Jahr 2016 ein neues Fahrrad gekauft und möchte dieses nun zu einem E-Bike umbauen lassen. Die Kosten für den Umbau liegen bei ca. 1.100 €. Der Neukauf dieses Fahrrads als E-Bike kostet ca. 2.000 € aufwärts.

Der Umbau eines Fahrrades zu einem E-Bike anstatt dem Neukauf eines E-Bikes wird als sinnvoll angesehen, da es günstiger ist und das bisherige Fahrrad weiter genutzt werden kann. Die Verwaltung spricht sich aufgrund der einhergehenden Ressourcenschonung durch Weiternutzung des bisherigen

5. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses vom 21.02.2018

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Fahrrades für die Förderung der Umbauten von Fahrrädern zu E-Bikes aus. Durch den immer verbleibenden Restaufwand von 70% beim Antragsteller wird von einer wirtschaftlichen Nutzung der Umbaumöglichkeit ausgegangen. Die Richtlinien ist dahingehend zu ändern, dass auch ein Umbau von einem Fahrrad zu einem E-Bike unter Beibehaltung der weiteren Anforderungen mit 30%, max. 500€ gefördert wird.

Des Weiteren sollte die bisherige Frist zur Einreichung der Unterlagen für eine E-Bike Förderung verlängert werden. Bisher kann der Bürger bis zu sechs Monate nach dem Kaufdatum die nötigen Förderunterlagen für das neu erworbene E-Bike einreichen.

Hierzu liegt der Verwaltung ein zweites Fallbeispiel vor. Die Unterlagen sind am 14.02.2018 ein Monat nach Fristablauf an der Gemeinde eingegangen. Die Antragstellerin hofft auf einen positiven Bescheid, da ihr die Fördermöglichkeit und die gesetzte Frist nicht bekannt waren. Die Schilderung ist kein Einzelfall. Daher wäre eine Fristverlängerung auf 12 Monate angebracht. So können klimabewusste Bürger in einem angemesseneren Zeitraum die nötigen Unterlagen für die E-Bike-Förderung einreichen. Eine Frist sollte grundsätzlich beibehalten werden.

Beschluss: 9 : 0

Dem Gemeinderat wird folgender Beschluss empfohlen:

Das Gremium spricht sich aufgrund Ressourcenschonung für die Erweiterung der Richtlinien mit Aufnahme von Umrüstungen in die Richtlinie aus. Die Förderung beträgt analog Pedelects 30%, max. 500,-€.

Weiter spricht sich das Gremium letztmalig für eine erweiterte Einreichungsfrist von max. 12 Monaten ab Kaufdatum aus. Der Förderantrag ist innerhalb von max. 12 Monaten nach Anschaffung des Elektrofahrrads zu stellen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Förderrichtlinien entsprechend zu überarbeiten.

Die Richtlinie erhält den Stand 08.03.2018. Die Änderungen treten zum 01.04.2018 in Kraft.

AZ 865
Bauamt

Gartencontainer Dammstraße; Sachstand und weiteres Vorgehen

Der Bürgermeister erläutert, dass bei einem gemeinsamen Ortstermin der Anwohner und der Verwaltung in der Isarau am 21.06.2017 festgelegt wurde,

5. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses vom 21.02.2018

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

in einer Testphase einen weiteren Gartenabfallcontainer in der Dammstr.
nördlich des Kunstrasenplatzes aufzustellen.

Der Container befindet sich seit dem 05.07.2017 vor Ort. Vier Mal war
während der acht Monate eine Leerung notwendig. Da aufgrund der geringen
Nutzung die Gartenabfälle länger im Container verblieben sind, gab es
Beschwerden von den Anwohnern bezüglich der unangenehmen
Geruchsentwicklung.

An die Beschlüsse des Umwelt- und Energieausschusses vom 26.07.2011 Nr.
49 und vom 20.09.2016, Nr. 21 wird erinnert, indem sich die
Gremiumsmitglieder dafür ausgesprochen haben, dass die bisher
aufgestellten Kapazitäten ausreichend sind und deshalb weitere Standorte als
nicht notwendig erachtet werden. Die Anträge auf Errichtung weiterer
Gartencontainerstandorte werden abgelehnt.

Beschluss: 9 : 0

Das Gremium nimmt den Sachstand zur Kenntnis und legt fest, dass die
Testphase bis Ende 2018 ggfs. mit einem kleineren Container oder häufigeren
Leerung verlängert wird. Das Ergebnis ist nach Ende der Testphase dem
Gremium zur Kenntnis zu bringen.

AZ 1764
Bauamt

36 9 **Bekanntgaben / Anfragen**

AZ 024
Bauamt

36 9 **Bekanntgaben / Anfragen**
BEK Entfernung von abgestellten Fahrrädern am S-Bahnhof

Der Erste Bürgermeister bringt die Anregung von Herrn Lorenz Ilmberger aus
der letzten Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses vom 20.09.2016 in
Erinnerung, die besitzlosen Fahrräder am S-Bahnhof zu entfernen.

In Unterföhring werden die entsprechenden Fahrräder zweimal jährlich mit
einem Trassierband gekennzeichnet und sechs Wochen später entfernt,
sofern diese nicht bewegt wurden.

Die letzte Aktion erfolgte am 19.12.2017, die Kennzeichnung sechs Wochen
zuvor, also am 07.11.2017.

5. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses vom 21.02.2018

Lfd.
Nr. Anwe-
 send

Vortrag - Beschluss

Gekennzeichnet und aufgenommen durch eine Fundanzeige werden die Räder von der Polizeiinspektion 26 in Ismaning. Der Ansprechpartner vor Ort ist Herr Völkl. Die Entfernung der Räder übernimmt der Bauhof. Anschließend werden die Räder eingelagert und im Fundamt aufgenommen. Nach Ablauf der Verwahrfrist von einem Jahr werden die Fahrräder dem katholischen Fürsorgeverein München e.V. zur Veräußerung für einen gemeinnützigen Zweck zur Verfügung gestellt.

Die nächste Entfernungsaktion ist nach Rücksprache mit Herrn Völkl für Mitte Mai 2018 vorgesehen.

AZ 1360
Bauamt

36

9

Bekanntgaben / Anfragen **BEK Sachstand Geburtenprogramm**

Der Erste Bürgermeister bringt die Beschlüsse des Gemeinderates vom 06.04.2017, Nr. 561, in Erinnerung, mit welchen das Gremium die Empfehlung des Umwelt. und Energieausschusses vom 27.03.2017 zur Kenntnis genommen hat. Das Gremium beschloss weiter

- die Beibehaltung des Geburtenprogramms mit Pflanzung auf privaten Flächen,
- die Überplanung der Geburtenbaumgrundstücke in Absprache mit der Unteren Naturschutzbehörde als ökologische Ausgleichsflächen,
- dass Eltern des neugeborenen Kindes alternativ künftig eine Topfpflanze oder
- wahlweise künftig ein Sparbuch (Wahl der Bank durch Eltern, Betrag 50,- €) erhalten.

Seit Umsetzung vorgenannter Beschlusslage hat sich folgende Auswahl der Eltern zum Geburtenprogramm ergeben:

- - 5 x Topfpflanzen
- - 5 x Bäume auf privaten Grundstücken
- 44 x 50,- € auf das Sparbuch.

Nachdem bisher keine Übergangsregelung zu den Altfällen und kein Frist zur Einreichung der Anträge gegeben war, wurde zur Sicherstellung des Rechtsfriedens in Auslegung der bisherigen Beschlusslagen eine Antragsfrist bis zur Vollendung des 3. Lebensjahres des Kindes gesetzt. Inhaber alter Anträge, welche bisher nicht gestellt wurden, werden auf das neue Geburtenprogramm übergeleitet.

Bauamt

5. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses vom 21.02.2018

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

36

9

Bekanntgaben / Anfragen Mobilitätskonzept

Ausschussmitglied Lorenz Ilmberger berichtet von der Teilnahme IM Arbeitskreis 29++ zum Thema Mobilität. Er fragt hinsichtlich der gemeindlichen Planungen an.

Dem Gremium wurde an Hand eines Übersichtsplanes die bereits beschlossenen Planungen im Rahmen der gemeindlichen Hochbaumaßnahmen u.a. mit Ladestationen bei der Tiefgarage Bürgerfestplatz, Parkhaus Diesel-/Beta-Straße, Schulcampus und Sportpark erläutert. Die Stationen sind Normkonform und verfügen jeweils über zwei Stecksysteme Euronorm und Schuko. Aufgrund der Gesamtzahl an den einzelnen Standorten werden zur Kompensation der erforderlichen Anschlussleistungen Energieoptimierungsanlagen eingesetzt. Eine konstante Schnellladung aller Stationen in Verbindung mit den hierfür erforderlichen Anschlussleistungen kann auf Grund der Netzkapazitäten nicht sichergestellt werden.

AZ 171
Bauamt

Andreas Kemmelmeier
Erster Bürgermeister

Stefan Kammermeier
Leitung Hochbau / Umwelt